

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisplatz 32.
Spezialstunden der Redaction:
Bermittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.
In den Städten für Inf. Anzeigen:
C. v. Klemm, Universitätsstr. 22.
C. v. Klemm, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kuflage 15,250.
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.
incl. Postgebühren 5 Rthl.
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf.
mit Postbeförderung 45 Pf.
Inserte 4gep. Bourgeois 20 Pf.
Größere Schriften laut unterem
Preisverzeichnis. — Todesanzeigen
nach höherem Tarif.
Anzeigen unter dem Redactionsschild
die Spalte 40 Pf.
Inserte sind stets an d. Exped.
zu senden. — Rabatt wird mit-
gegeben. Zahlung franco nach
oder durch Postvorschuß.

N^o 189.

Sonntag den 8. Juli 1877.

71. Jahrgang.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Wittwoch am 11. Juli a. e. Abends 7 1/2 Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

- I. Wahl einer aus drei Mitgliedern bestehenden Commission zur Prüfung der Bewerbungen um die neue Stadtrathsstelle.
- II. Gutachten des Bauausschusses über a. Herstellung einer dritten provisorischen Filteranlage für die Stadtwasserleitung; b. Einführung der Wasserleitung in die neue Straße an der Parthe von der Gerberstraße bis zur Blücherstraße; c. dergl. auf der westlichen Seite des Marienplatzes; d. das Budgetpostulat für Unterhaltung des Hauses Ritterstraße Nr. 3; e. die Nachforderungen für die bauliche Unterhaltung der II. und III. Bürgerschule.
- III. Gutachten des Oekonomiausschusses über a. das vom Rathe erlassene Verbot betreffend der Waterclosets; b. die budgetirten Reparaturkosten für die Land- und Rittergüter.
- IV. Gutachten des Verfassungs- und Oeconomie-Ausschusses über a. den vom Rathe mit dem königl. Justizministerium abgeschlossenen Präliminarvertrag bezüglich der Arealabtretungen an der Hartortstraße und der Kleinen Burggasse f. w. d. a. b. die ablehnende Erklärung des Rathes auf den Antrag hinsichtlich einzuholender Zustimmung des Collegiums zu projectirten Veränderungen des Pferdebahngleises.
- V. Gutachten des Verfassungs-Ausschusses über einen Vergleich des Rathes mit dem Ocker & Schmidt'schen Gläubiger-Ausschuß wegen einer Forderung der Sakanstalt an das gedachte Creditwesen.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Ministerial-Berordnung, die **Bezeichnung der Fuhrwerke betreffend**, vom 7. September 1876, muß vom 1. Januar 1877 an jedes nicht ausschließlich zur Personenbeförderung bestimmte Fuhrwerk, einschließlich der Hundsfuhrwerke, mit dem Namen und Wohnort oder der Firma (Fabrik, Mühle, Rittergut &c.) des Eigentümers und falls derselbe mehrere dergleichen Fuhrwerke hält, überdies noch mit einer besonderen Nummer bezeichnet und diese Bezeichnung auf der linken Seite an dem Fuhrwerk selbst oder auf einer an demselben fest angebrachten Tafel in deutlicher unverwischbarer Schrift von mindestens 5 Centimeter Höhe dergestalt angebracht sein, daß sie beständig sichtbar bleibt.

Zur Nachachtung für die Fuhrwerkbesitzer bringen wir Solches hierdurch noch besonders zur öffentlichen Kenntniß, mit dem Bemerken, daß Zuwiderhandlungen mit Geldstrafe bis zu **sechzig Mark** oder mit **Haft bis zu vierzehn Tagen** für jeden Conventionsfall geahndet werden.

Leipzig, am 18. October 1876.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Dr. Reichel.

Bekanntmachung.

Bei dem hiesigen Stadtrathe ist mit Genehmigung der Regierungsbehörde eine neue mit 6000 \mathcal{L} jährlichem Gehalt dotirte Stadtrathsstelle errichtet worden und soll dieselbe sofort besetzt werden.

Die Anstellung des zu Wählenden, welcher zur Annahme eines selbstständigen Richteramtes, beziehentlich zur Ausübung der Advocatur befähigt sein muß, erfolgt auf Grund der Reg. Städte-Ordnung und localstatutarischer Bestimmungen zunächst auf 6 Jahre. Wird der Angestellte nach Ablauf dieser Amtsdauer nicht wieder gewählt, so erhält er die Hälfte seines zehnjährigen Dienstvertrages als Pension gemüßigt. Eine Wiederwahl gilt auf Lebenszeit.

Geeignete Personen, welche genehmigt sind, sich um diese Stelle zu bewerben, wollen ihre diesfälligen Gesuche bei dem unterzeichneten Stadtverordneten-Collegium (Bureau: Katharinenstraße 29, 2 Treppen) bis **spätestens**

den 30. dieses Monats

einreichen.

Leipzig, am 5. Juli 1877.

Die Stadtverordneten.

Georgi. Sauer.

Bekanntmachung.

Es ist hier zur Anzeige gekommen, daß ein **Hund**, welcher der **Stille Wuth** dringend verdächtig befunden und am 30. Juni d. J. getödtet worden ist, am 27. Juni Vormittags auf hiesigem Johannisplatz mit einem weißen Pudel sowie an demselben Tage an der Ecke der Kreuz- und Lange Straße mit einem kleinen gelben glatthaarigen Hunde in nahe Berührung gekommen ist. Der wuthverdächtige Hund soll zwar fleißig und insbesondere am 27. Juni nur unter Aufsicht auf die Straße gekommen und da immer mit gut sitzendem Maulkorb versehen gewesen sein, auch sich niemals bißig gezeigt haben, so daß angenommen werden darf, daß er andere Thiere nicht gebissen habe.

Wir wollen jedoch nicht unterlassen, Vorstehendes zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, indem wir alle Hundebesitzer hierdurch auffordern, ihre Hunde sorgfältig zu beobachten und bei Wahrnehmung irgend welcher verdächtiger Erscheinungen an denselben sofort das Erforderliche vorzunehmen und davon unverzüglich in der Rathswache Anzeige zu erstatten.

Von Anordnung besonderer Maßregeln sehen wir auf Grund eines von Herrn Bezirkskriegerarzt Prietsch abgegebenen Gutachtens zur Zeit noch ab.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Dr. Reichel.

Bekanntmachung.

Der Verkehr auf Straßen und Plätzen wird in neuerer Zeit häufig, namentlich während der Wochenmärkte und Messen durch Händler und Hausirer beeinträchtigt, welche unbefugterweise mit ihren Waaren sich aufstellen. Dapier wird folgendes hierdurch verfügt:

- 1) Es ist verboten, ohne ausdrückliche Erlaubniß auf öffentlichen Straßen und Plätzen Verkaufsstände zu errichten.
- 2) Die Verkaufsstände, zu deren Errichtung Erlaubniß erteilt ist, dürfen nur während der bestimmten Zeit benutzt und nicht über den bestimmten Raum ausgedehnt werden.
- 3) Sind die Stände ausdrücklich nur für bestimmte Waaren angewiesen, so dürfen andere Waaren dafelbst nicht ausgestellt werden.
- 4) Hausirern und Händlern, welchen Verkaufsstände nicht ausdrücklich angewiesen sind, ist es untersagt, auf öffentlichen Straßen und Plätzen mit Waaren sich aufzustellen, und zwar auch dann, wenn sie die letztern nicht auf Ständen selbst, sondern in Körben, Körben, Wagen oder sonst bei sich führen.
- 5) Wer vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandelt, wird nach §. 366, 9 und 10 des Strafgesetzbuchs um Geld bis zu 60 \mathcal{L} oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft, hat sich auch nach Befinden sofortiger Arrestur zu gewärtigen.

Leipzig, am 4. Juli 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Dr. Reichel.

Bekanntmachung.

Die Jinsen der Frege'schen Stiftung zur Belohnung treuer und völlig unbescholtener **Dienstboten**, welche mindestens **zwanzig** Jahre hindurch bei einer oder zweien Herrschaften in hiesiger Stadt in Dienst gestanden haben, sind am 30. August d. J. in Beträgen von mindestens 30 \mathcal{L} zu vertheilen. Bewerbungen sind bis zum 10. August d. J. unter Vorlegung von Zeugnissen der Dienstherrschaften bei uns anzubringen. Spätere Anmeldungen, sowie Bewerbungen von Dienstboten, welche aus obiger Stiftung bereits einmal belohnt worden sind, können nicht berücksichtigt werden.

Leipzig, den 3. Juli 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Pfeffer Schmidt.

Königliche Poliklinik für Frauen

im **Trier'schen Institut.**

Grimma'scher Steinweg Nr. 56, im Hofe geradeaus, parterre.

Berathungsstunde: Nachmittags von 2-3 Uhr.

Alle unterleibkranken Frauen erhalten unentgeltlich ärztlichen Rath, Arzneien &c.

Prof. Dr. **Credé**, Geh. Medicinalrath.

Leipzig, 7. Juli.

Freundschaftlich mahnende Stimmen aus dem Publicum beschwerten sich darüber, daß wir die Zeitgeschichte in den letzten Wochen doch wohl etwas zu düster darstellen, namentlich die Lage in Frankreich und deren Rückwirkung auf Deutschland zu schwarz malen. Das sei ungemüßlich und bringe die Geschäftswelt um ihre gute Laune. Nun, wir gestehen, wir tauchten unsere Feder auch lieber in Rosenwasser; aber was sollen wir thun, wenn die Verhältnisse uns nur gestatten, sie in schwarze Tinte zu tauchen? Wenn die Schwarzen in Frankreich oben auf sind und allerlei dunkle Fäden gegen uns spinnen, wenn die Roten raslos fortwähren und Fortschritte machen, wenn unser freisinniges Bürgerthum sorglos und faul in den Tag hinein schläft, anstatt zu wachen und sich zu rühren — können wir da rosenfarbene Artikel liefern, ohne uns arger Entstellung, gewissenloser Vertuschung und Schandfärberei schuldig zu machen? Wie glücklich wären wir, wenn wir eines Morgens auf unserem Redactionstische folgende Telegramme vorfänden:

Paris. Mac Mahon hat in Begleitung von Broglie und Bourton Frankreich verlassen. Die Nationalversammlung hat die Vertreibung der Jesuiten beschlossen. Eine Note des neuen republikanischen Ministeriums an die italienische und deutsche Regierung schlägt die Vertagung des Papstes nach Konstantinopel vor. Die Befehlungen an der deutschen Grenze werden auf ihren normalen Stand zurückgebracht.

Petersburg, London und Wien, (gleichlautend) Die orientalische Frage ist zur völligen Zufriedenheit unserer Regierung und der Bevölkerung gelöst.

Berlin. Das Centrum hat sich der national-liberalen Partei angeschlossen. Die Kreuzzeitung und die Neue Reichszeitung in Dresden werden fortan von Koster und Wiedemann redigirt. Eisenach. Der Socialistencongrès beschloß einstimmig die Auflösung der Socialdemokratie, da gegen die überwiegende Majorität der Abgeordneten nicht mehr anzukommen sei. Babel und Weidenberg zeigten ihre Annäherung nach Amerika an. Der „Vorwärts“ geht ein; die „Hede“ geht in der Geschichte des Leipziger Tagesblattes auf. Der Congreß ging mit einem begeisterten Gode auf dem Marsch und als „Socialisten“ auf einander.

Unsere Leser können überzeugt sein, daß wir dann sehr fidele Artikel schreiben würden; denn auch und geht Nichts über die Gemüthlichkeit. Solange das Alles aber nicht eingetroffen ist, werden wir wohl nicht umhin können, die dunklen Punkte, die wir am politischen Himmel bemerken, beim rechten Namen zu nennen.

Um aus Frankreich, dem wir so viel Unrecht gethan haben sollen, zurückzukommen, so kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Wendung, die dort seit dem 16. Mai d. J. eingetreten, ein Wert der Schwarzen ist. Alle Thatsachen, die darüber bekannt geworden sind, und alle Mittheilungen, die von Eingeweihten kamen und in großen deutschen und österreichischen Blättern (in der „Nat. Ztg.“, der „Köln. Ztg.“, der „N. Fr. Pr.“ &c.) veröffentlicht wurden, stimmen darin zusammen. In dem ruhiger zusammenhängenden England sagt man die Sache nicht anders auf. Die „Times“ brachte die eingehendsten und glaubwürdigsten Angaben über die Sendung des Tribischhof von Paris nach Rom und über deren Zusammenhang mit dem Ministerwechsel und den Neuwahlen in Frankreich. Der bekannte Tagesbefehl Mac Mahon's, das Wahlprogramm des Ministers des Innern, Fourtou, sowie die jubelnde, led emporschnellende Haltung der ultramontanen Presse vervollständigen das Bild. Wenn diese Krisis den Bestand der Republik, wenn sie den Frieden nicht bedroht — warum rufen dann die Republikaner, indem die Kammer aus einander geht: *Vive la paix!* Die Franzosen selbst erblicken offenbar, mit Ausnahme der Regierung und der Clerikalen aller Schattirungen, in dem neuesten Umschwung eine Gefahr für den Frieden. Und Deutschland allein, auf das es doch wohl hauptsächlich mit abgesehen ist, sollte alle diese Dinge harmlos und in ungetrübter Friedfertigkeit hinnehmen? Nimmermehr! Unterschätzung der Segner, Sorglosigkeit und Unvorsichtigkeit hat schon viel Unheil über Völker gebracht, zu viel Vorsicht aber hat in solchen Krisen noch niemals geschadet. Wir wiederholen daher, was wir schon öfter sagten: wir glauben an die Möglichkeit, daß die Gefahr, die dem Weltfrieden vom Westen her droht, beschworen werde, wir hoffen, daß die Republikaner als Sieger wiederkehren und daß

„Kampfmünisterium“ stürzen werden, wir hoffen, daß Mac Mahon, selbst wenn er in der Wahlschlacht oder im Bürgerkrieg Sieger bleibt, sich nicht zu der Tollheit hinreißen lassen wird, allein, ohne Allirte mit uns anzubinden. Wir glauben und hoffen das Alles. Aber nicht dadurch helfen wir die Gefahr beschwören, daß wir sie vertuschen, sondern nur dadurch, daß wir sie aufdecken. Darum halten wir es für Pflicht der gesammelten nationalen Presse, daß sie sich einmüthig erhebe und jedem Franzosen, der es hören will, zurufe: **Glaubt nicht, daß ihr uns überrumpeln könnt; wir folgen waehsam jeder eurer Bewegungen, wir sind auf dem Platze!**

Zur Kennzeichnung der Lage fügen wir hieran noch einige bemerkenswerthe Zeitungsschnitte. Der „Köln. Ztg.“ schreibt man aus Paris, 5. Juli:

Zu französischen Blättern der letzten Zeit finden wir allerlei Andeutungen über Berliner Verhältnisse, welche, um es kurz zu sagen, darauf hinauslaufen, daß Fürst Bismarck nicht mehr besonders zu fürchten sei, weil seine Thätigkeit von einer Partei lahmgelegt werde. Der Reichskanzler habe nur noch die Republik und die liberale Bourgeoisie hinter sich; diese wüßten allerdings Frankreich zu demüthigen, aber mit dem Anhang allein könne er Niemand gefährlich werden. Man irrt nun freilich, wenn man glaubt, die deutschen Liberalen wüßten Frankreich zu demüthigen; sie wünschen im Gegentheil nur in Ruhe mit ihm zu leben, fürchten aber, daß, wenn die französischen Verhältnisse sich so, wie es seit dem 16. Mai geschahen, weiter entwickeln, die Ruhe nicht lange vorhalten werde, und haben kein Vertrauen zu der Neutral-reactionären Regierung vom 18. Mai. Das „Paris-Journal“ irrt, wenn es glaubt, der Reichskanzler sei nicht mehr in festem Einverständnis mit der Nation und mit seinem Kaiser. Das regierungsfremde Blatt steht indessen mit dieser Auffassung nicht allein da; man kann sie auch mündlich vertreten hören, und zwar in Kreisen, deren Urtheil über das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich nicht ohne Einfluß auf den Verlauf der Dinge ist. Hier und da geht man bis zu der Aeußerung, es bestühe eigentlich schon keine politische Gemeinsamkeit mehr zwischen Bismarck und Kaiser Wilhelm; er werde mehr pro forma und um seiner früheren Verdienste willen beibehalten; in Wirklichkeit überwiege der ihm entgegenstrebende politische Einfluß hoher Posten. Und die Leute, welche das glauben, ziehen alle sofort denselben Schluß daraus:

„Wenn Das ist, können wir machen, was wir wollen!“ Einzelne Vorlesungen, die geradezu als Herausfordernde freisen, erklären sich aus diesem Gedanken. So wurde, als Herr von Constant-Biron nach Reg. reiste, dieser Schritt zwar anfangs nur als ein Act der Contoite behandelt; später aber wurde der Name Kaiser Wilhelm's von regierungsfremden Blättern für innere Zwecke mißbraucht. Man deutete an, der Kaiser habe den Streich vom 16. Mai im Voraus gebilligt, und obgleich in der Unterredung zwischen dem Kaiser und dem französischen Vorkanzler von jenen Streich kein Wort gesprochen wurde, ist jene Andeutung in Paris nie demontirt worden. Derartige Ungehörigkeiten würden sicher nicht vorkommen, wenn man in Frankreich nicht zu glauben anfänge, daß die deutsche Politik nicht mehr einheitlich und fest geleitet sei. Wenn es in Berlin Kreise giebt, die sich die Aufgabe stellen, die politische Linie des Kaisers und des Reichskanzlers aus ihrer geraden Richtung zu bringen, so können diese das Ziel, nach welchem sie wohl gehen ihren Willen hinsetzen, schnell erkennen durch Betrachtung der Wirkung und der Sympathien, welche sie in den Neutralen Einleiten an der Seine erzeugen. Unsere bittersten Feinde freuen sich an ihnen, und schon auf die ersten Gerüchte von einer Eitörung in der Einheit der deutschen Regierung bin glauben sie, daß sie bald in der Lage sein werden, das deutsche Reich und besonders das verhasste Preußen nicht mehr zu fürchten. Schon jetzt benutzen sie diese Gerüchte, um ihren Anhängern Muth zu machen.

Und der „Köln. Ztg.“ schreibt man aus Berlin, 6. Juli: Man erzählt, der Vorkanzler v. Constant-Biron habe sich in Ems über die Haltung des Fürsten Hohenlohe beschwert, weil der deutsche Vorkanzler den Kreisler des Reichskanzlers Mac Mahon die des Herrn Thiers vorzöge. Solche Andeutungen dürften mit großer Vorsicht aufzunehmen sein. Fürst Hohenlohe erweist sich beim deutschen Kaiser eines unbedingten Vertrauens, und der Reichskanzler Fürst Bismarck erweist nicht Neues, wenn gesagt wird, unser Vorkanzler entziehe sich dem Einfluß einer nahezu demonstrativen Gekränktheit. Das Verhalten des Fürsten Hohenlohe steht jedermann in vollem Einklange mit den Wünschen des Reichs unserer Politik, und wenn Marquis v. Constant-Biron Klagen über Hohenlohe deingehört hätte, so würden sie Klagen über das Verhalten der deutschen Reichspolitik überhaupt sein. So weit greift der Vertreter Frankreichs nicht, und wenn er sich dazu verheißt, so würde er beim Kaiser wenig oder gar kein Gehör finden. Daß die deutsche Politik mit Thiers in Einklange bleibt, ist sehr natürlich. Mit ihm wurde